

Bericht über den

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

AKF e.V.

Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft e.V.

Bundesallee 42

10715 Berlin

Duchilio und Schwarz GmbH
Steuerberatungsgesellschaft
Gardeschützenweg 70

12203 Berlin

Inhaltsverzeichnis

A. Auftrag, Auftragsdurchführung und Auftragsbedingungen	4
I. Auftrag und Auftragsdurchführung	4
II. Auftragsbedingungen	5
B. Rechtliche und steuerrechtliche Verhältnisse	6
I. Rechtliche Verhältnisse	6
II. Steuerrechtliche Verhältnisse	6
C. Vorjahresabschluss, Jahresabschluss, Bestandsnachweis und Rechnungswesen	7
I. Vorjahresabschluss	7
II. Jahresabschluss	7
III. Bestandsnachweis	7
IV. Rechnungswesen	8
D. Bescheinigung	9

Anlagenverzeichnis

Anlage I	Bilanz zum 31. Dezember 2023	10
Anlage II	Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar 2023 - 31. Dezember 2023	12
Anlage III	Zweckbetrieb und wirtschaftl. Geschäftsbetrieb 1. Januar 2023 - 31. Dezember 2023	14
Anlage IV	Unterzeichnung des Jahresabschlusses 2023	16
Anlage V	Anlagenspiegel	17
Anlage VI	Abschreibungsverzeichnis	19
Anlage VII	Kontennachweise	22
Anlage VIII	Allgemeine Auftragsbedingungen	27

A. Auftrag, Auftragsdurchführung und Auftragsbedingungen

I. Auftrag und Auftragsdurchführung

Die Geschäftsführung der

AKF e.V.

10715 Berlin

im Folgenden auch "Gesellschaft" genannt, hat uns beauftragt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 und den Anhang unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften und des Gesellschaftsvertrages, aus den vorgelegten Konten und Bestandsnachweisen, unter Berücksichtigung der erteilten Auskünfte zu erstellen.

Abschlussunterlagen, die von uns im Rahmen der Auftragsdurchführung erstellt wurden, haben wir der Gesellschaft ausgehändigt. Mit der Erstellung des Inventars oder sonstiger Bestandsnachweise waren wir nicht betraut. An der Inventur der Vorräte haben wir nicht beobachtend teilgenommen.

Auftragsgemäß haben wir auf eine Darstellung der Ertragslage sowie der Vermögens- und Finanzlage verzichtet.

Einzelne Jahresabschlusspositionen sind in dem beigefügten Kontennachweis aufgeführt. Von weiteren Erläuterungen haben wir auftragsgemäß abgesehen.

Die Aufstellung des Jahresabschlusses erfolgte unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung. Geschäftsbücher, Belege, Bestandsverzeichnisse, sonstige Unterlagen und Schriften haben wir in dem uns notwendig erscheinenden Umfang eingesehen.

Zeitlich wurden die Arbeiten in den Monaten Juni und Juli 2024 in unseren Kanzleiräumen durchgeführt. Auch die Fertigstellung des vorliegenden Berichtes erfolgte in unseren Kanzleiräumen.

Die Geschäftsführung der Gesellschaft hat uns alle verlangten Aufklärungen und Nachweise bereitwillig erbracht.

Aus der uns von der Geschäftsführung vorgelegten und unterzeichneten Vollständigkeitserklärung geht hervor, dass in der Bilanz die Vermögens- und Schuldposten vollständig enthalten sind. Ebenso sind nach dieser Erklärung nach Ablauf des Geschäftsjahres keine Vorgänge von besonderer Bedeutung aufgetreten.

II. Auftragsbedingungen

Für die Durchführung unseres Auftrages und unserer Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Steuerberater und Steuerbevollmächtigte nach dem Stand vom Mai 2018 (siehe Anlage) maßgebend.

B. Rechtliche und steuerrechtliche Verhältnisse

I. Rechtliche Verhältnisse

Die rechtlichen Verhältnisse der Gesellschaft im Berichtsjahr stellen sich wie folgt dar:

Firma:	AKF e.V.
Anschrift:	Bundesallee 42
Sitz:	10715 Berlin
Rechtsform:	GmbH
Gegenstand des Unternehmens:	Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft e.V.
Geschäftsjahr:	1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023

II. Steuerrechtliche Verhältnisse

Die steuerrechtlichen Verhältnisse der Gesellschaft im Berichtsjahr stellen sich wie folgt dar:

Zuständiges Betriebsfinanzamt:	für Körperschaften I
Steuernummer:	27/660/60766

C. Vorjahresabschluss, Jahresabschluss, Bestandsnachweis und Rechnungswesen

I. Vorjahresabschluss

Das Unternehmen hat im Jahre 2022 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR - 21.843,83 erwirtschaftet.

II. Jahresabschluss

Der Jahresabschluss zum 31.12.2023 wurde aus dem Vorjahresabschluss, den Geschäftsbüchern des Berichtsjahres, den Bilanzinventaren sowie den sonstigen Bilanzunterlagen, mit Hilfe einer Hauptabschlussübersicht, ordnungsgemäß entwickelt.

Das Unternehmen hat im Jahre 2023 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR -10.899,67 erwirtschaftet.

III. Bestandsnachweis

Das Inventar ist nach den Vorschriften des § 240 HGB aufgestellt worden.

Das Anlagevermögen wird in einem Abschreibungsverzeichnis geführt.

Die Geldbestände sind aus den Aufzeichnungen im Kassenbuch ersichtlich.

Das Vorratsvermögen ist durch Inventuren nachgewiesen worden.

Die Bestände der Forderungen sind in einer Saldenliste, einem Kontokorrent und durch Kontoauszüge der Banken nachgewiesen.

Die Schulden bzw. Verbindlichkeiten sind sowohl in den Saldenlisten als auch in den Kontoauszügen der Banken nachgewiesen.

IV. Rechnungswesen

Die Buchführung und der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 wurde von uns unter Anwendung der ADDISON-Software ADDISON AKTE (tse:nit und cs:Plus) von Wolters Kluwer Tax & Accounting Deutschland GmbH erstellt. Die Ordnungsmäßigkeit von tse:nit | cs:Plus wurde durch die Prüfung der Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft am 7.11.2022 bestätigt.

Eine sachgerechte Anwendung der geprüften und testierten Software lag vor.

Der im System der doppelten Buchführung verwendete Kontenrahmen entspricht den handelsrechtlichen und betrieblichen Erfordernissen.

D. Bescheinigung

Wir haben auftragsgemäß den als Anlage beigefügten Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung – der AKF e.V. für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023 unter Beachtung der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften erstellt. Grundlage für die Erstellung waren die uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise, die wir auftragsgemäß nicht geprüft haben, sowie die uns erteilten Auskünfte. Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars und des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft.

Wir haben unseren Auftrag unter Beachtung der Verlautbarung der Bundessteuerberaterkammer zu den Grundsätzen für die Erstellung von Jahresabschlüssen durchgeführt. Dieser umfasst die Entwicklung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Berlin, den 31. Juli 2024

Duchilio und Schwarz GmbH
Steuerberatungsgesellschaft

durch:



Marion Duchilio
Steuerberaterin

Anlage I Bilanz zum 31. Dezember 2023

Bilanz zum 31. Dezember 2023

AKF e.V. , Bundesallee 42, 10715 Berlin

AKTIVA

PASSIVA

	Geschäftsjahr 2023	Vorjahr 2022		Geschäftsjahr 2023	Vorjahr 2022
	EUR	EUR		EUR	EUR
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Gewinnvortrag	17.217,26	48.216,59
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1,00	1,00	II. Jahresfehlbetrag	<u>-10.899,67</u>	6.317,59
II. Sachanlagen			B. Rückstellungen		
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	484,00	484,00	1. sonstige Rückstellungen	4.000,00	2.500,00
B. Umlaufvermögen			C. Verbindlichkeiten		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			1. sonstige Verbindlichkeiten	34.191,35	5.711,86
1. sonstige Vermögensgegenstände	11,00	1.049,99	- davon aus Steuern (GJ 78,90 / VJ 289,08)		
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	76.155,11	55.876,55	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr (GJ 34.191,35 / VJ 5.711,86)		
C. Rechnungsabgrenzungsposten	360,20	519,95	Sonstige Passiva	32.502,37	23.346,87
Summe A K T I V A	<u>77.011,31</u>	<u>57.931,49</u>	Summe P A S S I V A	<u>77.011,31</u>	<u>57.931,49</u>

Anlage II Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar 2023 - 31. Dezember 2023

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023

AKF e.V. , Bundesallee 42, 10715 Berlin

	Geschäftsjahr 2023		Vorjahr 2022
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		53.650,40	32.103,95
2. sonstige betriebliche Erträge		51.085,36	48.974,55
3. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	17.410,14		17.538,90
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>9.359,13</u>	26.769,27	8.138,43
4. Abschreibungen			
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		0,00	446,00
5. sonstige betriebliche Aufwendungen		<u>88.866,16</u>	<u>76.799,00</u>
6. Ergebnis nach Steuern		-10.899,67	-21.843,83
7. Jahresfehlbetrag		<u>-10.899,67</u>	<u>-21.843,83</u>

Anlage III Zweckbetrieb und wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb
1. Januar 2023 - 31. Dezember 2023

Zweckbetrieb

Einnahmen:

8110	Tagungsbeiträge	17.489,26
8111	Externe Zuwendungen	<u>35.194,71</u>

52.683,97

52.683,97

Ausgaben:

4643	Projekt Muttergesundheit	20.935,26
4645	Projekt Ungewollte Kinderlosigkeit	16.068,30
4646	Projekt Schwangerenvorsorge	12.316,19
4971	Gebühren eventbrite	<u>1.491,56</u>
		50.811,31

Gewinn-50.811,31**1.872,66****wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb**

Einnahmen

8120	Einnahmen Veranstaltungen	1.039,00
------	---------------------------	----------

Ausgaben

4642	Aufwendungen Veranstaltungen	6.168,00
4971	Gebühren eventbrite	<u>81,80</u>

6.249,80

-6.249,80**Verlust****-5.210,80****Vereinsergebnis insgesamt**

ideeller Bereich	-9.134,89
Vermögensverwaltung (Zinserträge)	0
wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	-5.210,80
Zweckbetrieb	<u>1.872,66</u>

Insgesamt**-10.899,67**

Anlage IV Unterzeichnung des Jahresabschlusses 2023

Ort, Datum: Unterschrift:

Anlage V Anlagenspiegel

Anlagenspiegel zum 31. Dezember 2023

AKF e.V. , Bundesallee 42, 10715 Berlin

	Anschaffungs- Herstellungs- kosten 01.01.2023 EUR	Zugänge (davon Zinsen für Fremdkapital) EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	Anschaffungs- Herstellungs- kosten 31.12.2023 EUR	kumulierte Abschreibungen 01.01.2023 EUR	Abschreibungen Geschäftsjahr EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	kumulierte Abschreibungen 31.12.2023 EUR	Zuschreibungen Geschäftsjahr EUR	Buchwert 31.12.2023 EUR
A. Anlagevermögen												
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	5.503,75	0,00	0,00	0,00	5.503,75	5.502,75	0,00	0,00	0,00	5.502,75	0,00	1,00
Zwischensumme	5.503,75	0,00	0,00	0,00	5.503,75	5.502,75	0,00	0,00	0,00	5.502,75	0,00	1,00
II. Sachanlagen												
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.371,30	0,00	0,00	0,00	5.371,30	4.887,30	446,00	0,00	0,00	5.333,30	0,00	38,00
Zwischensumme	5.371,30	0,00	0,00	0,00	5.371,30	4.887,30	446,00	0,00	0,00	5.333,30	0,00	38,00
Summe Anlagevermögen	10.875,05	0,00	0,00	0,00	10.875,05	10.390,05	446,00	0,00	0,00	10.836,05	0,00	39,00

Anlage VI Abschreibungsverzeichnis

Abschreibungsverzeichnis vom 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023

AKF e.V. , Bundesallee 42, 10715 Berlin

	Tag der Anschaffung	Kosten der Anschaffung EUR	Art der AfA	ND Jahre	AfA %	Buchwert 01.01.2023 EUR	Zugang / Umbuchung EUR	Abgang / Umbuchung EUR	Abschreibung Gesamt EUR	Buchwert 31.12.2023 EUR
27 EDV-Software										
1 Homepage	12.10.2009	5.503,75	linear	3	33,33	1,00	0,00	0,00	0,00	1,00
		5.503,75				1,00	0,00	0,00	0,00	1,00
420 Büroeinrichtung										
1 PC Dell Inspiron 560DT	07.09.2010	503,69	linear	3	33,33	1,00	0,00	0,00	0,00	1,00
2 macbook	11.02.2021	1.337,99	linear	3	33,33	483,00	0,00	0,00	446,00	37,00
		1.841,68				484,00	0,00	0,00	446,00	38,00
480 Geringwertige Wirtschaftsgüter										
1 etq intel i3 system,4gbyte,dvd brenner	17.03.2014	462,89	linear	3		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2 e book reader	10.12.2014	294,99	linear	1		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3 bürostuhl	10.03.2017	142,80	linear	1		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4 laptop	24.11.2020	899,00	linear	1		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
		1.799,68				0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Abschreibungsverzeichnis vom 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023

AKF e.V. , Bundesallee 42, 10715 Berlin

	Tag der Anschaffung	Kosten der Anschaffung EUR	Art der AfA	ND Jahre	AfA %	Buchwert 01.01.2023 EUR	Zugang / Umbuchung EUR	Abgang / Umbuchung EUR	Abschreibung Gesamt EUR	Buchwert 31.12.2023 EUR
485 Wirtschaftsgüter (Sammelposten)										
1 Sammelposten 2009	01.01.2009	1.729,94	pool	5		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
		1.729,94				0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamt		10.875,05				485,00	0,00	0,00	446,00	39,00

Anlage VII Kontennachweise

Kontennachweis zur Bilanz zum 31. Dezember 2023

AKF e.V. , Bundesallee 42, 10715 Berlin

		Geschäftsjahr 2023		Vorjahr 2022
		EUR	EUR	EUR
AKTIVA				
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				
27	EDV-Software		1,00	1,00
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung				
420	Büroeinrichtung		484,00	484,00
sonstige Vermögensgegenstände				
1500	Sonstige Vermögensgegenstände	11,00		118,00
1590	Durchlaufende Posten	<u>0,00</u>	11,00	<u>931,99</u>
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks				
1000	Kasse	230,60		366,30
1200	Bremer Landesbank # 1049044009	68.718,41		46.206,71
1201	Bank f.Sozialwirtschaft # 1316300	<u>7.206,10</u>	76.155,11	<u>9.303,54</u>
Rechnungsabgrenzungsposten				
980	Aktive Rechnungsabgrenzung		<u>360,20</u>	<u>519,95</u>
Summe A K T I V A			<u><u>77.011,31</u></u>	<u><u>57.931,49</u></u>

Kontennachweis zur Bilanz zum 31. Dezember 2023

AKF e.V. , Bundesallee 42, 10715 Berlin

		Geschäftsjahr 2023		Vorjahr 2022
		EUR	EUR	EUR
PASSIVA				
Gewinnvortrag				
860	Vortrag ideeller Bereich	15.592,78		46.592,11
861	Vortrag Vermögensverwaltung	<u>1.624,48</u>	17.217,26	<u>1.624,48</u> 48.216,59
Jahresfehlbetrag			-10.899,67	-21.843,83
sonstige Rückstellungen				
970	Sonstige Rückstellungen	1.500,00		0,00
977	Rückstellungen für Abschluss- und Prüfungskosten	<u>2.500,00</u>	4.000,00	<u>2.500,00</u> 2.500,00
sonstige Verbindlichkeiten				
1700	Sonstige Verbindlichkeiten	34.112,45		5.422,78
1741	Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuer	<u>78,90</u>	34.191,35	<u>289,08</u> 5.711,86
Sonstige Passiva				
865	Vortrag ertragssteuerfreie Zweckbetrieb	31.355,87		22.200,37
866	Vortrag ertragssteuerpfl.wirtschaftl.Geschäftsbetrieb	<u>1.146,50</u>	32.502,37	<u>1.146,50</u> 23.346,87
Summe P A S S I V A			<u>77.011,31</u>	<u>57.931,49</u>

Kontennachweis zur Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023

AKF e.V. , Bundesallee 42, 10715 Berlin

		Geschäftsjahr 2023		Vorjahr 2022
		EUR	EUR	EUR
Umsatzerlöse				
8110	Tagungsbeiträge	18.455,69		16.220,00
8111	Externe Zuwendungen	<u>35.194,71</u>	53.650,40	<u>15.883,95</u>
				32.103,95
sonstige betriebliche Erträge				
2520	Periodenfremde Erträge	1.087,69		0,00
2700	Spenden	5.010,00		665,00
2705	Zuwendungen ideeller Bereich	0,00		2.061,00
2710	Echte Mitgliedsbeiträge bis € 300	44.330,39		45.787,02
2735	Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	<u>657,28</u>	51.085,36	<u>461,53</u>
				48.974,55
Löhne und Gehälter				
4100	Gehälter Projekt K100	17.410,14		18.028,90
4150	Krankenkasse AAG-Anträge	<u>0,00</u>	17.410,14	<u>-490,00</u>
				17.538,90
soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung				
4130	Gesetzliche soziale Aufwendungen	9.275,64		8.078,44
4138	Beiträge zur Berufsgenossenschaft	<u>83,49</u>	9.359,13	<u>59,99</u>
				8.138,43
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen				
4830	Abschreibungen, Anlagevermögen (ohne Afa auf Kfz und Gebäude)		0,00	446,00
sonstige betriebliche Aufwendungen				
2020	Periodenfremde Aufwendungen	12.883,33		6.535,53
4210	Miete (unbewegliche Wirtschaftsgüter)	3.418,76		5.706,51
4250	Reinigung	0,00		674,85
4360	Versicherungen	1.107,81		752,83
4380	Beiträge	755,50		1.034,35
4595	Fremdfahrzeugkosten	0,00		109,50
4600	Werbekosten	0,00		462,20
4630	Geschenke abzugsfähig ohne § 37b EStG	0,00		171,77
4641	Tagungskosten	7.681,07		18.332,90
4642	Projekt Gewalt unter der Geburt	0,00		23.479,11
4643	Projekt Muttergesundheit	21.352,26		0,00
4644	Projekt Gewalt/Macht/Frauen/Seelen/Krank	0,00		1.500,00
4645	Projekt Ungewollte Kinderlosigkeit	16.813,30		0,00
	Übertrag	<u>64.012,03</u>	77.966,49	<u>58.759,55</u>
				54.955,17

Kontennachweis zur Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023

AKF e.V. , Bundesallee 42, 10715 Berlin

	Geschäftsjahr 2023			Vorjahr 2022
	EUR	EUR	EUR	EUR
Übertrag	64.012,03	77.966,49	58.759,55	54.955,17
4646 Projekt Schwangerenvorsorge	12.327,19		0,00	
4660 Reisekosten ideeller Bereich	2.363,35		3.042,32	
4806 Wartungskosten für Hard- und Software	1.720,52		6.824,25	
4910 Porto	39,90		304,60	
4920 Telefon	1.434,95		1.384,28	
4930 Bürobedarf	392,47		308,14	
4940 Zeitschriften, Bücher (Fachliteratur)	144,52		16,00	
4955 Buchführungskosten	1.654,70		2.263,27	
4957 Abschluss- und Prüfungskosten	2.716,90		2.500,00	
4964 Aufwendungen für die zeitlich befristete Überlassung von Rechten (Lizenzen, Konzessionen)	0,00		228,00	
4970 Nebenkosten des Geldverkehrs	559,27		531,58	
4971 Nebenkosten eventbrite	1.500,36		0,00	
4980 Projekt "Ungewollte Kinderlosigkeit"	<u>0,00</u>	88.866,16	<u>637,01</u>	76.799,00
Jahresfehlbetrag		-10.899,67		-21.843,83

Anlage VIII Allgemeine Auftragsbedingungen

Allgemeine Auftragsbedingungen (AAB)

Stand: Mai 2018

Die folgenden AAB gelten für Verträge zwischen zur unbeschränkten Hilfeleistung in Steuersachen Befugten – im Nachfolgenden auch „Berater“ genannt – und ihrem Auftraggeber – im Nachfolgenden auch „Mandant“ genannt –, sowie für Ansprüche Dritter aus dem Steuerberatungsvertrag, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

§ 1 Auftragsumfang

- (1) Für den Umfang der vom Berater zu erbringenden Leistungen ist der schriftlich oder mündlich erteilte Auftrag maßgebend.
- (2) Sofern ausländisches Recht zu berücksichtigen ist, bedarf dies der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.
- (3) Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Berufsausübung durchgeführt.
- (4) Kann der Berater den Mandanten zwecks Abstimmung über die Einlegung von Rechtsmitteln bzw. Rechtsbehelfen nicht erreichen, ist der Berater befugt und verpflichtet, fristwahrende Handlungen vorzunehmen.
- (5) Der Berater wird die vom Mandanten übermittelten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben und Belege, als richtig zu Grunde legen. Sofern der Berater Unrichtigkeiten oder Widersprüche feststellt, ist er verpflichtet, den Mandanten darauf hinzuweisen. Im Übrigen besteht keine Pflicht des Beraters, ihm bei Gelegenheit bekannt gewordene Sachverhalte auf ihre steuerliche Relevanz hin zu überprüfen.
- (6) Die Überprüfung überlassener Unterlagen und Belege, insbesondere Buchführung und Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung, auf Vollständigkeit, Ordnungsmäßigkeit und Richtigkeit obliegt dem Berater nur, wenn dies gesondert schriftlich vereinbart ist.
- (7) Der Berater ist nicht verpflichtet, den Mandanten auf Änderungen der Rechtslage oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen, wenn die berufliche Äußerung abschließend erfolgt ist.
- (8) Eine Offenlegung nach § 325 HGB im elektronischen Bundesanzeiger obliegt ausschließlich dem Mandanten, sofern nicht eine gesonderte Beauftragung schriftlich erfolgt ist.

§ 2 Pflichten des Mandanten

- (1) Der Mandant ist verpflichtet mitzuwirken, soweit dies zur ordnungsgemäßen Erledigung des Auftrags erforderlich ist.
Er hat insbesondere dem Berater unaufgefordert alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen und erforderlichen Unterlagen und Informationen vollständig und rechtzeitig zu übergeben. Hierzu gehört insbesondere die schriftliche Einwilligung, dass der Mandant mit der Erhebung und Speicherung seiner personenbezogenen Daten einverstanden ist, um ihn eindeutig zu identifizieren, angemessen zu beraten und zu vertreten, sowie zur Führung der Korrespondenz und Abwicklung eventueller Haftungsansprüche und Geltendmachung von Ansprüchen gegen den Mandanten. Die Unterlagen sind so rechtzeitig zu übergeben, dass dem Berater noch eine angemessene Zeit für die Bearbeitung verbleibt. Entsprechendes gilt für die Unterrichtung des Beraters über alle Vorgänge und Umstände, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können.
- (2) Der Mandant hat alle schriftlichen, mündlichen oder elektronisch übermittelten Mitteilungen des Beraters zur Kenntnis zu nehmen. In der Art der Übermittlung ist der Berater grundsätzlich frei. Sollte der Mandant Fragen zu den Mitteilungen haben oder deren Relevanz nicht nachvollziehen können, hat er unverzüglich mit dem Berater Rücksprache zu nehmen.
- (3) Der Mandant wird alles unterlassen, was auf die Unabhängigkeit des Beraters oder seiner Erfüllungsgehilfen Einfluss nehmen könnte.
- (4) Der Mandant wird Arbeitsergebnisse des Beraters nur mit dessen schriftlicher Einwilligung Dritten zugänglich machen, soweit sich diese Einwilligung nicht bereits aus dem Auftragsinhalt ergibt. Er wird auch die Urheberrechte des Beraters beachten.
- (5) Setzt der Berater im räumlichen Bereich des Mandanten Hard- und Software ein – wozu er befugt ist –, hat der Mandant den diesbezüglichen Anweisungen des Beraters im Hinblick auf die Bedienung, Nutzung und Beachtung von Rechten Dritter uneingeschränkt Folge zu leisten. Der Mandant ist nach Vertragsbeendigung zur weiteren Nutzung der Hard- und Software zur Vermeidung schwerwiegender Nachteile – unter Beachtung der Anweisungen des Beraters – berechtigt, wenn der Nutzungszeitraum unter Vereinbarung einer angemessenen Vergütung festgelegt wird.
- (6) Der Mandant wird für die Einlegung von Rechtsbehelfen aller Art und seine Vertretung vor Behörden und Gerichten dem Berater einen gesonderten Auftrag und eine gesonderte schriftliche Vollmacht erteilen. Insbesondere der Auftrag zur Klageerhebung ist nur wirksam, wenn diesem eine schriftliche Prozessvollmacht beigelegt ist.

§ 3 Unterlassene Mitwirkung und anderer Verzug des Mandanten

Unterlässt der Mandant eine ihm nach § 2 oder sonstige obliegende Mitwirkung oder nimmt er die vom Berater angebotene Leistung nicht ab, ist der Berater berechtigt, eine angemessene Frist zur Vornahme der Mitwirkungshandlung bzw. zur Abnahme der Leistung mit der Erklärung zu bestimmen, dass er die Fortsetzung des Vertrags nach Ablauf der Frist ablehnt. Der Berater kann nach erfolglosem Ablauf der durch ihn gesetzten Frist den Vertrag fristlos kündigen (vgl. § 12 Abs. 2 dieser AAB i. V. m. § 626 BGB). Hiervon unberührt bleibt der Anspruch des Beraters auf Ersatz der ihm durch Verzug oder unterlassene Mitwirkung des Mandanten entstandenen Mehraufwendungen und des verursachten Schadens. Dies gilt auch dann, wenn der Berater von seinem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

§ 4 Datenschutz, Mitwirkung Dritter

- (1) Der Berater ist unter Beachtung der DSGVO berechtigt, zur Ausführung des Auftrags personenbezogene Daten des Mandanten maschinell zu erheben und in einer automatisierten Datei zu verarbeiten. In Erfüllung seiner Pflichten nach der DSGVO ist der Berater

berechtigt, einen Datenschutzbeauftragten zu bestellen. Der Berater hat dafür zu sorgen, dass dieser entsprechend § 5 zur Verschwiegenheit verpflichtet ist.

- (2) Der Berater ist berechtigt, zur Ausführung des Auftrags Mitarbeiter, datenverarbeitende Unternehmen (Rechenzentren) und fachkundige Dritte hinzuzuziehen. Aus diesem Grund hat der Mandant (bei Zusammenveranlagung beide Ehegatten) dem Berater eine Einwilligung gemäß DSGVO in Form einer Erklärung oder einer sonstigen eindeutigen bestätigenden Handlung, mit der der Mandant zu verstehen gibt, dass er mit der Verarbeitung der ihn betreffenden personenbezogenen Daten einverstanden ist, zur Verfügung zu stellen. Der Berater wird bei der Hinzuziehung fachkundiger Dritter und Daten verarbeitender Unternehmen dafür sorgen, dass diese entsprechend § 5 zur Verschwiegenheit verpflichtet sind. Der Berater ist berechtigt, im Rahmen des ihm vom Mandanten erteilten Auftrages maschinell personenbezogene Daten zu erheben, in automatisierten Dateien zu verarbeiten oder einem Dienstleister zur Datenaufbereitung zur weiteren Auftragsdatenverarbeitung zu übertragen.
- (3) Der Berater ist berechtigt, im Fall der Bestellung von Vertretern (§ 69 StBerG) oder Praxistreuhandern (§ 71 StBerG) diesen Einsicht in die Handakten im Sinne des § 66 Abs. 2 StBerG zu gewähren.

§ 5 Pflicht zur Verschwiegenheit

- (1) Der Berater ist verpflichtet, nach Maßgabe der Gesetze über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit der Ausführung des Auftrags zur Kenntnis gelangen, Stillschweigen zu bewahren. Diese Verschwiegenheitspflicht obliegt ihm auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses. Dies gilt im gleichen Umfang für die Mitarbeiter des Beraters und einem nach DSGVO bestellten Datenschutzbeauftragten oder von ihm beauftragte Dienstleister zur Datenaufbereitung.
- (2) Die Pflicht zur Verschwiegenheit besteht nicht, sofern die Offenlegung zur Wahrung berechtigter Interessen des Beraters erforderlich ist. Der Berater ist insbesondere insoweit von der Verschwiegenheitspflicht entbunden, als er nach den Versicherungsbedingungen seiner Berufshaftpflichtversicherung zur Information und Mitwirkung in einem Versicherungsfall verpflichtet ist.
- (3) Der Berater darf nur mit Einwilligung des Mandanten Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Unterlagen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten übergeben.
- (4) Die gesetzlichen Auskunfts- und Aussageverweigerungsrechte nach § 102 AO, § 53 StPO, § 383 ZPO bleiben unberührt.
- (5) Die Pflicht zur Verschwiegenheit entfällt, sofern der Mandant den Berater schriftlich davon entbindet. Der Berater ist befugt, im Fall der Umwandlung seines Unternehmens, der Aufnahme Dritter als Gesellschafter oder einer vollständigen oder teilweisen Veräußerung seines Unternehmens an Dritte, dem neuen Gesellschafter, Unternehmer oder Unternehmensnachfolger sämtliche der Geheimhaltung unterliegenden Unterlagen und Informationen zu offenbaren. Die Pflicht zur Verschwiegenheit entfällt auch dann, sofern und soweit dies zur Durchführung einer Zertifizierung des Beraters erforderlich ist und der Zertifizierende über seine Verschwiegenheitspflicht belehrt wurde. Der Mandant ist jederzeit befugt, das vorstehende Einverständnis zu widerrufen oder aber sich vom Vertrag zu lösen. Diese Einwilligung umfasst nicht ein Einverständnis Dritter (z. B. Kinder, Ehegatte).
- (6) Der Berater hat bei der Versendung von Schriftstücken jeder Art auf Papier oder in elektronischer Form die Pflicht zur Verschwiegenheit zu beachten. Auf Seiten des Mandanten sorgt dieser für die Verschwiegenheit beim Empfang der Schriftstücke in jeder Art, insbesondere im Fax- und E-Mail-Verkehr.
- (7) Der Berater ist grundsätzlich nicht berechtigt, gegenüber dem Mandanten bestehende Honorarforderungen an Dritte abzutreten.

§ 6 Beseitigung von Mängeln

- (1) Der Mandant hat gegen den Berater einen Anspruch auf die Beseitigung etwaiger Mängel. Er hat dem Berater innerhalb einer angemessenen Frist Gelegenheit zur Nacherfüllung zu geben. Handelt es sich um einen Dienstvertrag im Sinne der §§ 611, 675 BGB, kann der Mandant das Recht auf Nachbesserung ablehnen, wenn der Vertrag bereits beendet war und der Mangel erst im Nachhinein festgestellt wurde.
- (2) Werden die geltend gemachten Mängel nicht innerhalb einer angemessenen Frist beseitigt oder wird die Mängelbeseitigung durch den Berater abgelehnt, kann der Mandant auf Kosten des Beraters die Mängel durch eine andere zur Steuerberatung berechnigte Person beseitigen lassen bzw. nach seiner Wahl die Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrags verlangen. Der Anspruch auf Beseitigung etwaiger Mängel ist unverzüglich schriftlich geltend zu machen. Er verjährt nach den gesetzlichen Bestimmungen.
- (3) Offenbare Unrichtigkeiten – insbesondere Schreib- und Rechenfehler – können vom Berater jederzeit auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Für die Beseitigung sonstiger Mängel Dritten gegenüber bedarf der Berater der Einwilligung des Mandanten. Dies gilt nicht, wenn berechnigte Interessen des Beraters den Interessen des Mandanten vorgehen.

§ 7 Haftung

- (1) Der Berater haftet für eigenes Verschulden sowie für das Verschulden seiner Mitarbeiter. Er haftet nicht für das Verschulden fachkundiger Dritter (z. B. Rechtsanwalt), die vom Mandanten im eigenen Namen beauftragt wurden.
- (2) Die Haftung des Beraters für einen nach Abs. 1 fahrlässig verursachten Schaden wird auf 1.000.000 € begrenzt.
- (3) Sofern im Einzelfall von der vorstehenden Haftungsregelung abgewichen werden soll (insbesondere von der Haftung auf einen geringeren als den in Abs. 2 genannten Betrag), bedarf es einer gesonderten schriftlichen Vereinbarung, die dem Mandanten zusammen mit diesen AAB bei Vertragsschluss ausgehändigt wird.
- (4) Dritten gegenüber haftet der Berater nur nach den Abs. 1 bis 3, soweit diese in den Schutzbereich des Steuerberatungsvertrags einbezogen sind. Dies ist nicht der Fall, wenn die Arbeitsergebnisse des Beraters (sämtliche Äußerungen, Berichte, Gutachten usw.), die im Zusammenhang mit diesem Vertrag stehen, ohne die schriftliche Zustimmung des Beraters weitergegeben werden (vgl. § 2 Abs. 4), es sei denn, dass sich die Einwilligung des Beraters zur Weitergabe bereits aus dem Auftrag ergibt.
- (5) Von jeder Haftungsbegrenzung ausgenommen sind solche für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers und der Gesundheit.

§ 8 Verjährung

Der Anspruch des Mandanten auf Schadensersatz verjährt grundsätzlich in drei Jahren. Die Frist beginnt mit dem Schluss des Jahres, in dem der Anspruch entstanden ist und der Mandant von Umständen, die den Anspruch begründen, sowie von der Person des Schuldners Kenntnis erlangt oder ohne grobe Fahrlässigkeit erlangen musste. Ohne Rücksicht auf die Kenntnis oder die grob fahrlässige Unkenntnis des Mandanten tritt Verjährung in fünf Jahren von Entstehung des Schadensersatzanspruches an oder ohne Rücksicht auf die Entstehung und die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis von dem Schaden in zehn Jahren ein, beginnend mit der Handlung der Pflichtverletzung oder dem sonstigen den Schaden auslösenden Ereignis. Maßgeblich ist die jeweils früher endende Frist.

§ 9 Vergütung

- (1) Die Vergütung (Gebühren und Auslagenersatz) des Beraters für seine Tätigkeit bemisst sich nach der jeweils maßgeblichen Steuerberatervergütungsverordnung (StBVV). Dies gilt nicht, sofern die Parteien eine gesonderte Vergütung schriftlich vereinbart haben (z. B. Beratungspauschale). Der Mandant wird darauf hingewiesen, dass nach § 4 Abs. 4 StBVV eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung vereinbart werden kann.
- (2) Sieht die Steuerberatervergütungsverordnung keine Regelung vor und haben die Parteien nichts gesondert vereinbart, steht dem Berater die übliche Vergütung gemäß §§ 612 Abs. 2, 632 Abs. 2 BGB zu.
- (3) Der Berater ist berechtigt, einen angemessenen Vorschuss für bereits entstandene oder voraussichtlich entstehende Honorare und Auslagen zu fordern. Der Berater ist für den Fall, dass der Vorschuss nicht oder nicht rechtzeitig eingeht, berechtigt, seine Tätigkeit einzustellen. Von der beabsichtigten Einstellung der Tätigkeit ist der Mandant frühzeitig zu informieren. Hierbei ist der Mandant auf die Nachteile aus der Einstellung der Tätigkeit hinzuweisen. Über die Einstellung der Tätigkeit selbst ist der Mandant gesondert zu informieren.
- (4) Die Vorabankündigung (Pre-Notification) von SEPA-Lastschriften wird spätestens zwei Tage vor Fälligkeit versendet (verkürzte Vorlauffrist COR 1). Sie wird in der Regel auf der Rechnung angegeben sein.
- (5) Die Vergütung ist unverzüglich nach Rechnungslegung ohne Abzüge fällig.
- (6) Der Berater kann die Herausgabe seiner Ergebnisse und der Handakten verweigern, bis er wegen seiner Forderungen – insbesondere Gebühren und Auslagen – befriedigt ist. Dies gilt jedoch nicht, wenn die Zurückbehaltung nach den Umständen des Einzelfalls – insbesondere bei verhältnismäßiger Geringfügigkeit der geschuldeten Beträge – gegen den Grundsatz von Treu und Glauben verstoßen würde. Der Mandant ist berechtigt, einen angemessenen Teil der Vergütung zurückzubehalten, bis berechtigterweise geltend gemachte Mängel durch den Berater beseitigt wurden.
- (7) Eine Aufrechnung des Mandanten mit dem Vergütungsanspruch des Beraters ist ausgeschlossen, es sei denn, dass unbestrittene oder rechtskräftig festgestellte Forderungen zur Aufrechnung gestellt werden.

§ 10 Aufbewahrung von Unterlagen

- (1) Der Berater hat die Handakten für eine Dauer von zehn Jahren nach Beendigung des Auftrags aufzubewahren. Diese Verpflichtung erlischt vor Ablauf von zehn Jahren, wenn der Berater den Mandanten schriftlich aufgefordert hat, die Handakten in Empfang zu nehmen und der Mandant nicht binnen sechs Monaten nach Erhalt des Aufforderungsschreibens diesem nachgekommen ist.
- (2) Sämtliche Unterlagen sind unter Beachtung der DSGVO zu verwahren. Sofern die Unterlagen durch den Berater entsorgt werden, hat dies unter Beachtung der DSGVO zu erfolgen.
- (3) Handakten im Sinne dieser Vorschrift sind alle Schriftstücke, die der Berater aus Anlass seiner beruflichen Tätigkeit von dem Mandanten oder für diesen erhalten hat. Dies gilt nicht für die Korrespondenz zwischen Berater und Mandanten und für Schriftstücke, die der Mandant bereits in Urschrift oder Abschrift erhalten hat. Entsprechendes gilt für zu internen Zwecken gefertigte Arbeitspapiere.
- (4) Der Berater hat auf Anforderung des Mandanten, spätestens nach Beendigung des Beratungsvertrags, die Handakten innerhalb einer angemessenen Frist herauszugeben. Er hat jedoch das Recht, vor Herausgabe der Unterlagen an den Mandanten Abschriften oder Fotokopien zu fertigen. Das Zurückbehaltungsrecht nach § 9 Abs. 6 bleibt hiervon unberührt.

§ 11 Urheberrechtsschutz

Die Leistungen des Beraters unterliegen dem Schutz des geistigen Eigentums. Der Mandant erhält die schriftlichen Arbeitsergebnisse zur vereinbarten (bestimmungsgemäßen) Verwendung. Eine anderweitige Verwendung, wie beispielsweise die Weitergabe an einen Dritten für nicht steuerliche Zwecke bedarf der schriftlichen Zustimmung des Beraters.

§ 12 Vertragsbeendigung

- (1) Der Vertrag endet durch Erfüllung des Vertrags, Ablauf der vereinbarten Laufzeit oder Kündigung. Er endet nicht durch Tod oder Eintritt der Geschäftsunfähigkeit des Mandanten. Er endet ebenso nicht, im Fall der Beratung einer Gesellschaft, durch deren Auflösung.
- (2) Ein auf unbestimmte Zeit geschlossener Vertrag kann unter den Voraussetzungen der §§ 611, 675 BGB von jedem Vertragspartner nach Maßgabe der §§ 626 ff. BGB gekündigt werden. Die Kündigung bedarf der Textform. Sofern hiervon abgewichen werden soll, bedarf dies einer schriftlichen Vereinbarung der Parteien. Diese ist gesondert zu erstellen und soll dem Mandanten bei Vertragschluss mit den AAB ausgehändigt werden.
- (3) Im Fall der Kündigung des Vertrags durch den Berater hat dieser zur Vermeidung von Rechtsverlusten des Mandanten noch diejenigen Handlungen vorzunehmen, die zumutbar sind und keinen Aufschub dulden (z. B. Fristverlängerungen). Insoweit wirkt die Haftung des Beraters über das beendete Mandatsverhältnis hinaus fort.
- (4) Der Berater hat dem Mandanten bei Vertragsbeendigung alles, was er zur Ausführung des Auftrags erhalten hat oder erhält und was er aus der Geschäftsbesorgung erlangte oder erlangt, herauszugeben. Der Mandant hat insbesondere die ihm übergebene Hard- und Software herauszugeben. Die Herausgabe der Hard- und Software sowie die von dem Berater an den Mandanten herauszugebenden Unterlagen erfolgt am Sitz des Beraters. Eine Übergabe erfolgt zu den üblichen Bürozeiten des Beraters.

§ 13 Vergütung bei vorzeitiger Vertragsbeendigung

Endet der Vertrag vor seiner vollständigen Erfüllung, so richtet sich der Vergütungsanspruch des Beraters nach den gesetzlichen Bestimmungen. Soweit im Einzelfall hiervon abgewichen werden soll, bedarf dies einer gesondert zu erstellenden schriftlichen Vereinbarung, die dem Mandanten zusammen mit diesen AAB bei Vertragsabschluss auszuhändigen ist. Kündigt der Berater den Vertrag fristlos, bleibt sein Anspruch auf Ersatz der ihm auf Grund der fristlosen Kündigung (z. B. wegen Verzugs oder unterlassener Mitwirkung des Mandanten) entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens unberührt. Dies gilt auch dann, wenn der Berater von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

§ 14 Schriftformerfordernis

Schriftliche oder mündliche Nebenabreden zu dem Steuerberatungsvertrag bestehen nicht. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrags bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die Änderung des Schriftformerfordernisses.

§ 15 Anzuwendendes Recht und Erfüllungsort

- (1) Für den Auftrag, die Auftragsdurchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche der Vertragsparteien gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- (2) Erfüllungsort ist der Wohnsitz des Mandanten, wenn er nicht Kaufmann im Sinne des HGB ist. Im Übrigen ist der Sitz des Beraters der Erfüllungsort.

§ 16 Gerichtsstand/Sonstiges

- (1) Gerichtsstand ist der Ort der beruflichen Niederlassung des Beraters, wenn der Mandant Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist. Unabhängig davon ist der Berater berechtigt, den Mandanten an dessen allgemeinen Gerichtsstand zu verklagen.
- (2) Nach dem Verbraucherstreitbeilegungsgesetz (VSBG) besteht für Verbraucher-Mandanten die Möglichkeit der Schlichtung vor allgemeinen Schlichtungsstellen (Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucher-Schlichtungsstelle). Der Berater nimmt an solchen Verfahren nicht teil.¹

§ 17 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne AAB ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so bleiben die anderen Bestimmungen wirksam.